

# Länderchefs fordern neuen „Aufbau Ost“

Ost-Ministerpräsidenten appellieren an Merkel – Warnung vor Kohleausstieg

Von Igor Göldner  
und Dieter Wonka

**Potsdam/Berlin.** Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder fordern in einem gemeinsamen Positionspapier von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einem Neun-Punkte-Plan die Förderung Ostdeutschlands. Sie warnen zugleich vor einer Benachteiligung der ostdeutschen Länder. Angesprochen wird sowohl ein Aufbauprogramm für wirtschaftlich schwache Regionen, bessere Bahnverbindungen in Ostdeutschland und nach Osteuropa sowie der Breitbandausbau, Maßnahmen gegen den Ärztemangel im ländlichen Raum und mögliche Zukunftsperspek-

tiven für die Braunkohleregionen. Die Ministerpräsidenten fordern, Ostdeutschland künftig als Behördenstandort für Bund und EU zu stärken.

Das sechsseitige Schreiben, das Sachsens scheidender Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) im Namen seiner Amtskollegen von CDU, SPD und Linke an die Kanzlerin schickte, liegt der MAZ vor. Tillich hat derzeit den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz Ost. Der Appell der Ministerpräsidenten richtet sich auf die derzeitigen Gespräche zur Regierungsbildung.

Die ostdeutschen Länder weisen weiterhin eine „nahezu flächendeckende Strukturschwäche“ auf, die überwunden wer-

den müsse. Ostdeutschland sei weiter auf finanzielle Förderung angewiesen – sowohl aus bundesdeutschen Töpfen als auch im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. „Ein abruptes Ende der Struk-



Stanislaw Tillich

FOTO: IMAGO

turförderung in Ostdeutschland würde die Erfolge der Vergangenheit gefährden“. Auch müsse verhindert werden, dass Ostdeutschland in eine ungünstige „Sandwichposition“ gerate – zwischen den hoch entwickelten Regionen in Westdeutschland und den sehr stark von der EU geförderten Gebieten in Osteuropa.

Einer der Kernpunkte der Forderungen bildet die Energiepolitik. „Ein abrupter Braunkohleausstieg gefährdet die Ergebnisse von drei Jahrzehnten Aufbau Ost und verbietet sich schon aus Respekt vor der Lebensleistung der Beschäftigten“, warnen die Ost-Regierungschefs. An der Kohle-Verstromung hängen Zehntausende Arbeitsplätze.

In Berlin laufen derzeit Sondierungsgespräche zwischen Vertretern von CDU, CSU, FDP und Grünen über eine mögliche künftige Jamaika-Koalition. Bei den Reizthemen Klima und Flüchtlinge hatte es zuletzt Streit gegeben. Nun gelangen bei den Themen Arbeit, Rente, Pflege, Sicherheit und Bildung und Digitales deutliche Fortschritte.

Ostdeutschland dürfe bei den Gesprächen nicht unter den Tisch fallen, sagte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). So brauche die Struktur-entwicklung in der Lausitz „starke Leitplanken“ und die ländlichen Räume konkrete Unterstützung – vom Breitband bis zur ärztlichen Versorgung.